

A18 Polizeiskandal in Hessen aufklären - Zeit für eine konsequente Aufklärungspolitik!

Antragsteller*in: Ben Seel (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Main-Taunus), Jannis Gollub (KV Main-Taunus)

Tagesordnungspunkt: 12. Anträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert eine umfassende Aufklärung im aktuellen
 2 Polizeiskandal in Hessen. Die Vorgänge um eine Chatgruppe extrem Recher
 3 Polizist*innen sowie die unrechtmäßige Datenweitergabe durch Beamte, welche
 4 möglicherweise im Zusammenhang zu mehreren mit "NSU 2.0" unterzeichneten
 5 Drohschreiben gegen eine Nebenklageanwältin im NSU-Prozess stehen, müssen
 6 Konsequenzen nach sich ziehen. Bei der Aufklärung sind Verbindungen zu weiteren
 7 Enthüllungen über rechte Strukturen in Polizeien und Bundeswehr zu prüfen. Diese
 8 sind neben dem bundesweit bekannt gewordenen "Hannibal-Netzwerk" insbesondere
 9 die Berichte über vermutete rechte Polizeinetzwerke in Kirtorf, die mit den
 10 Chatgruppen zusammenhängen könnten.
- 11 Die Vorgänge um die Beflaggung in Schlüchtern werfen ebenfalls Fragen auf. Dort
 12 wurde am Holocaust-Gedenktag die Bundes- und Landesflagge falsch herum gehisst
 13 worden, die Ermittler gehen nicht von einem Versehen aus.
- 14 Das Innenministerium und der Innenminister müssen den Landtag in Zukunft
 15 frühzeitig über Entwicklungen der Ermittlungen informieren. Wir fordern das
 16 Innenministerium auf, aus der öffentlichen Kritik Konsequenzen zu ziehen und
 17 eine glaubwürdige Aufklärungs- und Informationspolitik zu verfolgen.
- 18 Anschließend an eine umfassende Aufklärung der Fälle sind Konsequenzen zu
 19 ziehen. Diese dürfen sich dabei nicht auf die fraglichen Polizist*innen
 20 beschränken, sondern sollten struktureller Natur sein. Dabei können diese
 21 insbes. eine Stärkung des Opferschutzes, die Stärkung von demokratischer
 22 Politischer Bildung bei den Einsatzkräften sowie eine strengere interne Revision
 23 bei der Polizei umfassen. Dringend notwendig ist es, die im Koalitionsvertrag
 24 vereinbarte Schaffung einer Ombudsstelle am hessischen Landtag insbesondere "für
 25 Probleme zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden sowie auch für Angehörige der
 26 Sicherheitsbehörden" nun schnell voranzutreiben.

Begründung

erfolgt mündlich